Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 223. — 87 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 22. September 1928

Größenwahn.

Zaleski in Aufregung. — Französische Unterstützung. — Hindenburgs Reise. — Groß im Zerstören. — Die Schweiz protestiert.

Man kennt jene gewisse Sorte von Gernegroßen, die stets und überall der Meinung sind, daß kaum etwas in ihrem Umkreis geschehen könne, was sie nicht mittelbar oder unmittelbar anginge, die sofort den kleinen oder auch den großen Finger hochheben, wenn andere Leute etwas unter sich auszumachen haben, als könne und dürfe davon gar keine Rede sein, es sei denn, daß man mit ihnen oder zum mindesten auch mit ihnen sich zu diesem Zweck ins Benehmen setze. Aufdringliche Wichtigtuer das, die von ihrer Überflüssigkeit in solchen Fällen unter gar keinen Umständen zu überzeugen sind und nicht eher Ruhe geben, als bis man sie, sei es mit sanfter oder auch mit unsanfter Gewalt, beiseiteschiebt.

Und wie im Einzelleben, so auch in der Volksgemeinschaft. Hier ist es der Polenstaat, der keine Gelegenheit, da die Großmächte ernste Dinge untereinander zu verhandeln haben, vorübergehen läßt, ohne sich sofort zur Stelle zu melden. Wir sehen es jetzt wieder nach den Genfer Besprechungen über die Rheinlandräumung. Schon während Reichskanzler Müller noch mit Herrn Briand und den Vertretern der anderen, wirklich an der Vereinigung dieser Angelegenheit beteiligten Mächte verhandelte, lief Herr Zaleski, der Außenminister der Polnischen Republik, aufgeregt von einer Delegation zur anderen, um sein lebhaftes Interesse an diesen diplomatischen Vorgängen an den Tag zu legen. Und kaum war das bekannte Schlußergebnis dieser Konferenzen der Öffentlichkeit übergeben, als der polnische Minister in amtlichen und nichtamtlichen Unterredungen seinen Anspruch auf Mitbeteiligung Polens bei der endgültigen Neuregelung der Grenzverhältnisse im Westen immer wieder anmeldete. Von Paris aus ist das bisher nicht nur nicht zurückgewiesen, sondern zum mindesten in einem Teile der Presse offen unterstützt worden, während Herr Briand seine zwei- oder mehr noch: seine vieldeutigen Reden über die Möglichkeit einer raschen Verständigung mit Deutschland unermüdlich fortsetzt.

*

Noch hat unser Reichspräsident seine Reise durch das schlesische und das oberschlesische Land nicht beendet, da sind auch schon wieder die Polen zur Stelle und erheben Klage und Beschwerde über die Rede, die Reichspräsident von Hindenburg bei dieser Gelegenheit zu Deutschen über deutsches Grenzleid gehalten hat. Ihr Kattowitzer Woiwode hat sich zwar nicht gescheut, an dem gleichen Tage auf der Jahresversammlung des Aufständischenverbandes, dessen Ehrenmitglied und geistiger Leiter er ist, davon zu sprechen, daß sie, die Aufständischen, den eigentlichen Kern der polnischen Nation in Schlesien bildeten und daß sie einen energischen Kampf gegen „die Überreste der Germanisation" zu führen hätten. Und ihre neuerliche Verurteilung durch das Haager Schiedsgericht in Sachen der großen Stickstoffwerke in Oberschlesien beantworten die Warschauer Verteidiger von Recht und Gerechtigkeit mit ganz unmißverständlichen Versuchen, Deutschland trotzdem auch jetzt noch um seine nun schon zum dritten Male gerichtlich anerkannten Rechts- und Geldansprüche so oder so zu bringen. Während zur gleichen Zeit an der Weichsel bei Marienwerder der Abbruch der großen Eisenbahnbrücke, die wir vor dem Kriege mit einem Kostenaufwand von neun Millionen Mark zum wohlverstandenen Verkehrsnutzen beider Nachbarvölker ausführen ließen, munter fortgesetzt wird. Die Polnische Republik erweist sich auch hier wieder groß im Zerstören, aber schwach zu aufbauender Kulturarbeit. Unsere Unterhändler, die mittlerweile sich wieder einmal in Warschau um das Zustandekommen eines deutsch-polnischen Handelsvertrages bemühen, sind um diese Aufgabe gewiß nicht zu beneiden.

*

Recht ungemütlich gestalten sich allmählich auch die Grenzbeziehungen zwischen der kleinen Schweiz und dem großen, oder wie man in der Ewigen Stadt jetzt lieber zu sagen scheint, dem größeren Italien. Die Herren Faschisten zeigen sich sehr empfindlich, wenn irgendeinem der Ihrigen einmal außerhalb der Landesgrenzen ein Haar gekrümmt wird, aber der Respekt vor fremder Staatshoheit ist doch nicht gerade ihre starke Seite. Der schweizerische Bundesrat scheint endlich die Notwendigkeit erkannt zu haben, im Kanton Tessin nach dem Rechten zu sehen. Dort haben offenbar italienische Polizeiorgane ein regelrechtes Spitzelsystem organisiert, um bald diesen, bald jenen Antifaschisten, dessen sie gern habhaft werden möchten, in ihre Gewalt zu bekommen. Man entsinnt sich noch ihres nächtlichen Handstreichs gegen einen politischen Flüchtling namens Rossi, den die Schweiz freiwillig nie und nimmer ausgeliefert hätte, der aber nun, von geriebenen Agenten der römischen Polizei überlistet, hinter Schloß und Riegel sitzt und einem sehr bösen Schicksal entgegensieht. Die schweizerischen Behörden versuchen sich durch Ausweisungen, durch Verhaftungen und sonstige Sicherheitsvorkehrungen zu helfen, und der Bundesrat hat ja wohl inzwischen auch die angekündigte Note durch seinen diplomatischen Vertreter in Rom überreicht.

Herr Mussolini hat allerdings im Augenblick andere Sorgen. Er war ja durch den Großrat in seiner alles überragenden Machtstellung nun auch noch sozusagen rechtlich und gesetzlich bestätigen und befestigen lassen, und ohne seinen Willen kann nun wirklich in ganz Italien bald keine Stecknadel mehr zu Boden fallen. Das mag vielleicht, sogar nicht nur für ihn, sehr schön und sehr gut sein, aber im Verkehr mit anderen Staaten wird er trotzdem etwas weniger Gottähnlichkeit zur Schau tragen müssen, wenn er unliebsame Konflikte vermeiden will. Die kleine Schweiz pflegt sich nicht um Dinge zu kümmern, die sie nichts angehen, aber in ihren eigensten Staatsangelegenheiten versteht sie ganz gewiß keinen Spaß.

Länderkonferenz in Berlin 2. Oktober

Beratungen über Genf.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Gegenüber der Besorgnis, daß durch inoffizielle Verhandlungen in Genf der Reichstag vor vollendete Tatsachen gestellt werden könnte, ist zu sagen, daß, wenn überhaupt solche inoffiziellen Besprechungen stattfinden, sie keinen Einfluß auf den Gang der wirklichen Verhandlungen nehmen können. Abgesehen von den Sitzungen des Reichskabinetts werden die Minister- und Staatspräsidenten am 2. Oktober zur Information über die Genfer Verhandlungen zusammentreten und am Tage darauf, am 3. Oktober, der Auswärtige Ausschuß des Reichstages.

Auf der Tagesordnung sowohl der Länderkonferenz am 2. wie des Auswärtigen Ausschusses am 3. Oktober stehen die Genfer Angelegenheiten.

Keine Aussicht zur Abrüstung.

Deutsche Vorschläge in Genf zurückgewiesen.

Die letzten Beratungen der Abrüstungskommission in Genf haben keinen Zweifel mehr daran gelassen, daß ernsthafte Neigung, nun endlich an die im Versailler Vertrag versprochene Abrüstung heranzugehen, nicht vorhanden ist. Nach längerer Aussprache wurde von allen Mitgliedern der Kommission gegen die Stimme des deutschen Delegierten ein Entschließungsentwurf angenommen, der sich im wesentlichen an einen französischen Vorschlag anlehnt, jedoch ausdrücklich den Zeitpunkt für den Zusammentritt der Vorbereitenden Abrüstungskommission offen läßt. Der Zusammentritt der ersten allgemeinen Abrüstungskonferenz, die nach dem deutschen Vorschlag noch im Jahre 1929 tagen sollte, wird überhaupt nicht erwähnt.

Dieser Entschließungsentwurf wurde vom deutschen Vertreter Grafen Bernstorff mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Er erklärte, daß sich Deutschland mit einer derartigen abwartenden Behandlung der Abrüstungsfrage nicht einverstanden erklären könne. Die endgültige Stellungnahme müsse der deutschen Delegation vorbehalten bleiben. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß sie sich dem Grafen Bernstorff anschließt. Da Beschlüsse einstimmig gefaßt werden müssen, ist die Absicht hervorgetreten, die beabsichtigte Entschließung in Form eines Wunsches zu formen.

*

Ein neuer Abrüstungs-Entwurf.

Genf, 21. September. Das Redaktionskomitee der dritten Kommission des Völkerbundes für Abrüstungsfragen trat heute abend unmittelbar an die Aussprache in der Kommission zu einer Sitzung zusammen. Nach längeren Verhandlungen ist ein neuer Entschließungsentwurf ausgearbeitet worden, der entsprechend den französischen Abänderungsvorschlägen feststellt, daß die Vorbereitende Abrüstungskonferenz Anfang 1929 zusammentreten soll. Die Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz wird jedoch, wie dies von der deutschen Delegation gefordert worden war, in der Entschließung mit keinem Wort erwähnt. Der Passus über die Befriedigung hinsichtlich des Abschlusses des englisch-französischen Flottenabkommen ist in etwas veränderter Form in der neuen Entschließung aufrecht erhalten worden. Von deutscher Seite wird zu diesem neuen Entwurf erklärt, daß noch wie vor die grundsätzliche Zustimmung zu dem Entwurf nicht gegeben werden könne. Es ist daher damit zu rechnen, daß Graf Bernstorff in der Sonnabendsitzung der Kommission bei der Abstimmung über den neuen Entschließungsentwurf sich der Stimme enthalten wird. Durch die Stimmenthaltung wird die Annahme der Entschließung möglich. Der neue Entschließungsentwurf bedeutet jedenfalls ein Kompromiß in einigen Punkten.

*

Wirtschaftsfragen.

Die Freitagsitzung der Völkerbundversammlung in Genf begann mit der Entgegennahme des von Loucheur-Frankreich erstatteten Berichts über die Tätigkeit der verschiedenen Zweige der Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes. Der deutsche Reichstagsabgeordnete Breitscheid ergriff zu diesem Thema als erster Diskussionsredner das Wort, um die deutsche Stellungnahme zu den einzelnen Problemen darzulegen. Dr. Breitscheid betonte: Wird in systematischer Arbeit die Befreiung der Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes. Der deutsche gemein durchgeführt, so kann sich ganz von selbst auch international eine gewisse Arbeitsteilung, eine Rationalisierung entwickeln. Gelingt es, die Weltwirtschaft international zu organisieren, wird man nicht am Materiellen haftenbleiben — dem Austausch der Sachgüter folgt unmittelbar der der ideellen Güter und damit die geistige Annäherung, eine gegenseitige Verständigung —, so kann der Völkerbund die feste Grundlage schaffen für internationale Verständi[illegible] für den Frieden.

Schließlich wurde die von Lo[illegible] vorgelegte Entschließung über die weitere Tätigkeit der Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes genehmigt.

Graf Gravina endgültig zum Danziger Völkerbundskommissar ernannt.

Genf, 21. September. Der Völkerbundsrat hat am Freitag nachmittag beschlossen, anstelle des bisherigen Danziger Völkerbundskommissars von Hamels, den italienischen Fregattenkapitän Graf Gravina zum Völkerbundskommissar in Danzig zu ernennen. Das Mandat von Hamels läuft am 22. Februar 1929 ab, er wird jedoch nach der Entscheidung des Völkerbundsrates sein Amt noch bis zum 22. Juni 1929 formell behalten. Hiermit beabsichtigt der Rat anscheinend, ihm die Möglichkeit zu geben, sich einen neuen Posten zu verschaffen. Graf Gravina tritt sein Amt als Danziger Völkerbundskommissar am 22. Juni an. Diese Entscheidung des Völkerbundsrates wird zweifellos in den Kreisen der Danziger Bevölkerung mit Genugtuung begrüßt werden. Es ist bekannt, daß die Tätigkeit von Hamels in den letzten Jahren auf starke Widerstände und vielfache Kritiken sowohl innerhalb Danzigs als auch innerhalb maßgebender Völkerbundskreise gestoßen ist.

Abschluß der Schlesienreise des Reichspräsidenten.

Bevorstehende Fahrt ins Manövergelände.

Der Besuch in Glogau bildete den offiziellen Abschluß der Schlesienfahrt des Reichspräsidenten. Hindenburg suchte in der Stadt, in der er einen Teil seiner Jugendzeit verbracht hat, alle Stätten auf, an die sich für ihn Erinnerungen knüpften; so fuhr er an dem früheren elterlichen Wohnhaus vor, dann an den beiden Schulen (in der einen ist jetzt ein Museum untergebracht), in denen er mehrere Jahre unterrichtet wurde. Während der Rundfahrt durch die Stadt ließ der Reichspräsident am Denkmal der im Kriege gefallenen Soldaten einen Kranz niederlegen.

Von Glogau ging die Fahrt nach Fraustadt, wo Hindenburg früher einige Zeit als Hauptmann gestanden hat. Auch hier, in seiner alten Garnison, wurde der Reichspräsident überaus herzlich empfangen. Nach einer Rundfahrt durch Fraustadt, wo die Bevölkerung in reichem Maße Spalier bildete, erfolgte die Rückkehr nach Glogau, wo im Rathause der offizielle Empfang des Reichspräsidenten durch den Oberbürgermeister Hasse stattfand. Nach einem Abendessen begab sich der Reichspräsident mit seinem Sonderzug nach Culmitzau zu einem Privatbesuch. Von hier dürfte der Reichspräsident Sonntag nach Görlitz in das Manövergelände fahren.

„Zeppelins" nächste Fahrt.

Wahrscheinlich nach dem Saargebiet.

Die nächste Fahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin", die nicht vor Dienstag kommender Woche stattfinden wird, soll als eine Art von Werkstättenflug nur in die nähere Umgebung der Werft führen und in der Hauptsache der Erprobung der Funkanlage dienen. Es werden deshalb wahrscheinlich keine Fahrgäste an Bord sein. Wann die nächste größere Fahrt zur Durchführung kommen wird, ist noch nicht bestimmt, dürfte aber, falls die Werkstättenfahrt das gewünschte Ergebnis hat, an einem der darauffolgenden Tage vonstatten gehe".

Dr. Eckener hat die Einladung der Saarbrückener Flughafengesellschaft, auf einer seiner Fahrten über Süddeutschland auch Saarbrücken zu besuchen, angenommen, so daß voraussichtlich in den nächsten Tagen „Graf Zeppelin" über dem Saargebiet erscheinen wird.

Sächsischer Staatshaushalt und Gemeindefinanzen.

Eine der Hauptaufgaben des im Mai gewählten Reichstages soll sein, den endgültigen Reichsfinanzausgleich zu schaffen. Freilich sind die Hoffnungen, daß dies wirklich gelingen wird, schon wieder stark gesunken. Hier etwas Abschließendes zu tun, wird ja auch kaum möglich sein, bevor die deutschen Reparationspflichten endlich einmal genau festgesetzt sind. Nicht bloß im Reich und in den Ländern sehnt man diese Regelung des Finanzausgleiches herbei, sondern auch

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF